

STOPPT DEN TÖDLICHEN HANDEL MIT KONFLIKTMINERALIEN!

Verantwortung entlang der gesamten Lieferkette

Der Ressourcenreichtum, auf dem sie sitzen, ist für viele Menschen im globalen Süden nicht Segen, sondern Fluch! Denn der Abbau von Rohstoffen, die in unseren Konsumgütern verarbeitet werden, geht oft einher mit Menschenrechtsverletzungen, Umweltverschmutzung und/oder kriegerischen oder bürgerkriegsähnlichen Konflikten.

Einen ersten Versuch, zumindest die Entstehung und Förderung bewaffneter Konflikte zu verhindern, die durch den Handel mit Rohstoffen finanziert werden, gibt es mit der aktuell diskutierten Konfliktmineralienverordnung der EU. Konfliktmineralien, das sind nach der Verordnung die vier Mineralien Gold, Tantal, Zinn und Wolfram, die unter anderem in der Demokratischen Republik Kongo, Kolumbien, aber auch in anderen Konfliktgebieten der Welt abgebaut werden.

Große Chance auf ein Ende des tödlichen Handels

Der im März 2014 von der Europäischen Kommission präsentierte Entwurf einer Verordnung war sehr schwach: Er sah nur freiwillige Maßnahmen vor und galt nur für bestimmte Unternehmen. Dies hätte kaum einen Effekt, europäische Unternehmen daran zu hindern, durch ihre Importe bewaffnete Konflikte zu finanzieren. Am 20. Mai lehnte das Parlament den schwachen Vorschlag der EU Kommission ab und fordert eine verbindliche Richtlinie entlang der gesamten Lieferkette. Dies ist eine einmalige Chance. Denn Unternehmen müssten in Zukunft sicher stellen, dass sie durch den Import der

vier Rohstoffe nicht zur Finanzierung bewaffneter Gruppen beitragen. EU Parlament, Europäische Kommission und Europäischer Rat verhandeln nun, um eine Einigung zwischen dem unternehmensfreundlichen Kommissionsentwurf und dem menschenrechtsbasierten Parlamentsentwurf zu erlangen.

Sigmar Gabriel in der Pflicht!

Die jeweils zuständigen Ministerien sind für die Erarbeitung einer Position zur Konfliktmineralien-Verordnung ihres Landes verantwortlich. Im Trialog können sie als Landesvertreter im Europäischen Rat die Entscheidung so maßgeblich beeinflussen. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) ist federführend in Deutschland und hat sich bisher gegen eine verbindliche Richtlinie für die gesamte Lieferkette ausgesprochen.

Bitte fordern Sie Sigmar Gabriel auf, sich im Namen Deutschlands für eine verbindliche und damit menschenrechtsbasierte Richtlinie für Konfliktmineralien entlang der gesamten Lieferkette auszusprechen und so den Vorschlag des EU Parlaments zu stärken.

**STOP
MAD MINING**



PowerShift



Foto: ERIC FEFERBER/Getty

STOPPT DEN TÖDLICHEN HANDEL MIT KONFLIKTMINERALIEN!

Sehr geehrter Herr Gabriel,

die Europäische Union importiert 16% der weltweit gehandelten Konfliktminerale Zinn, Wolfram, Tantal und Gold (3TG), u.a. zur Herstellung von Technologieprodukten. Zusätzlich importieren Unternehmen enorme Mengen dieser Metalle in Form von Laptops und Smartphones.

Durch Abbau und Handel der 3TG werden in vielen Ländern wie im Kongo oder Kolumbien bewaffnete Konflikte und somit gravierende Menschenrechtsverbrechen finanziert. Währenddessen scheffeln korrupte Eliten, bewaffnete Gruppen und Unternehmen Milliarden.

Um diesen Teufelskreis zu durchbrechen, wird die Europäische Union in Kürze eine Verordnung zum Handel mit Konfliktmineralien verabschieden. Die Regelung soll verhindern, dass der Handel von Rohstoffen bewaffnete Konflikte im globalen Süden finanziert.

Ich bin ebenso wie das europäische Parlament der Ansicht, dass dieses Ziel nur dann erreicht wird, wenn Unternehmen entlang der gesamten Lieferkette dazu verpflichtet werden, Sorgfaltspflichten walten zu lassen. Sie, Herr Gabriel, als Vertreter des wirtschaftlich stärksten Landes der EU, bitte ich daher, den Vorschlag des EU-Parlaments für eine verpflichtende Regelung im nun kommenden Trialog zu unterstützen.

Bitte sorgen Sie dafür, dass sämtliche Unternehmen ihre Einkaufspolitik glaubwürdig überprüfen und Kontrollen in den Lieferketten durchführen müssen, wenn sie die vier Metalle, in Rohform oder in Produkten verarbeitet, in die EU einführen.

Im Sinne der UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte liegt es auch in der Verantwortung der deutschen Regierung, dass Konflikte, Menschenrechtsverbrechen, Ausbeutung und Vertreibung im globalen Süden für die Herstellung von Konsumgütern für Europa ein Ende finden. Die Verabschiedung einer starken Konfliktmineralien-Verordnung ist ein erster Schritt in die diese Richtung.

Name, Vorname

Unterschrift



Die Veröffentlichung wurde mit Unterstützung der Europäischen Union ermöglicht. Für den Inhalt dieser Veröffentlichung sind allein die Herausgeber verantwortlich, der Inhalt kann in keiner Weise als Standpunkt der Europäischen Union angesehen werden.



2015 Europäisches Jahr für Entwicklung

Bitte mit 0,45 Euro frankieren.

An:
**Bundesminister für
Wirtschaft und Energie
Sigmar Gabriel**

**BMW Berlin
Scharnhorststr. 34-37
10115 Berlin**



Bestellschein

Protestpostkarte:

Glück auf? Schluss mit Menschenrechtverbrechen im Rohstoffgeschäft (vorliegend)

Preis*

Anz.

gegen

Porto

gegen

Porto

Aktionszeitung:

Rohstoffe auf Kosten von Mensch und Natur? — Stop Mad Mining!

4,— €*

Studie:

Broken Promises! Die Folgen des Rohstoffbooms im globalen Süden (Lieferungstermin ab Januar)

Kampagnenflyer:

Stop Mad Mining DEUTSCH

gegen

Porto

Kampagnenflyer:

Stop Mad Mining ENGLISCH

gegen

Porto

Presente Ausgabe 03/2015:

Wer die Natur schützt, lebt gefährlich

gegen

Porto

Presente Ausgabe 03/2013:

Im Goldrausch — Bergbau in Mittelamerika

gegen

Porto

Positionspapier des Arbeitskreis Rohstoffe:

Verantwortung entlang der Lieferkette im Rohstoffsektor

gegen

Porto

* Alle Preise zuzüglich Versandkosten

Name _____

Adresse _____

E-Mail _____

Bitte schicken Sie mir den -Mail-Newsletter der CIR zu.

Datum, Unterschrift

Bitte mit 0,45 Euro frankieren.

Bestellungen /Anfragen wegen weiterer Materialien an:

An:
**Christliche Initiative
Romero (CIR)**

**Breul 23
48143 Münster**

Tel: 02 51 - 89 503 | Fax: 02 51 - 82 541

www.ci-romero.de | cir@ci-romero.de



Die Veröffentlichung wurde mit Unterstützung der Europäischen Union ermöglicht. Für den Inhalt dieser Veröffentlichung sind allein die Herausgeber verantwortlich, der Inhalt kann in keiner Weise als Standpunkt der Europäischen Union angesehen werden.



2015 Europäisches Jahr für Entwicklung